Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.11.2025, S. 16

RECHT UND STEUERN

EU erleichtert Förderung sauberer Technologien

Neue Regeln für staatliche Milliarden sollen dafür sorgen, dass Europas Industrie krisenfester wird

Batterien, Wasserstoff, Halbleiter und vieles mehr braucht Europa. Die Mitgliedstaaten sollen mit staatlichem Geld fördern und Risiken der Unternehmen in diesen Märkten reduzieren. Aber wo viel staatliches Geld fließt, sind Verzerrungen des Wettbewerbs nicht fern. Diese aber verhindern Innovation und Wirtschaftswachstum. In der Europäischen Union beackert die Generaldirektion Wettbewerb den schmalen Grat zwischen staatlicher Förderung und Wahrung des Wettbewerbs.

Nun hat sich die EU mit dem Clean Industrial Deal Großes vorgenommen: Europas Industrie krisenfester machen, Wohlstand sichern und im globalen Wettlauf um saubere Technologien vorne mitspielen. Dafür sollen die EU-Staaten grüne Industrie einfacher fördern können. Schon während der Energiekrise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hatte die Kommission die Regeln für das Beihilfenrecht gelockert - damals vor allem, um Unternehmen kurzfristig zu stützen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern. Nun hat die EU-Kommission mit dem Clean Industrial Deal State Aid Framework (CISAF) einen Rechtsrahmen in Kraft gesetzt, der bis zum 31. Dezember 2030 gilt und damit Planungssicherheit bieten soll.

Die Regeln greifen ein, wo vielen grünen Projekten die finanzielle Luft ausgehen kann. Er schafft Regeln, nach denen die EU-Kommission staatliche Förderungen für Schlüsseltechnologien der Energiewende schneller und vorausschaubarer genehmigen kann. Das spart Zeit. Ob es um neue Windkraftanlagen, um günstigere Strompreise für energieintensive Unternehmen oder um Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse geht: Der CISAF bietet ein beschleunigtes Verfahren für die Förderung grüner Industrieprojekte.

Staatliche Stellen können diesen Beschleunigungsvorteil nutzen - sei es beim Ausbau erneuerbarer Energien, bei der Unterstützung von Stromkosten, bei der klimafreundlichen Umrüstung der Industrie, beim Aufbau von Fertigungskapazitäten für saubere Technologien, bei Innovationsfondsprojekten oder bei Maßnahmen, die privates Investment in diesen Bereichen weniger riskant machen. Mit dem CISAF können Bund und Länder etwa kurzfristig den Ausbau großer Solarparks in sonnenreichen Regionen Deutschlands fördern oder Mittel dafür bereitstellen, dass Offshore-Windparks in der Nordsee schneller ans Netz gebracht werden können.

Wichtig ist: Der CISAF gilt nur für Investitionsvorhaben. Das bedeutet, Bund und Länder können den neuen EU-Rahmen dann nutzen, wenn sie Unternehmen dabei unterstützen wollen, grüne und Schlüsseltechnologien auszubauen. Wenn es darum geht, den Betrieb klimafreundlicher Industrieunternehmen zu subventionieren, greifen die Beschleunigungsregeln nicht.

Zudem profitiert nicht jede Förderung für grüne Industrie von der Beschleunigung. Um ihn wirklich wirksam zu nutzen, müssen in Deutschland Bund und Länder ihre Förderstrategien möglichst auf diesen zuschneiden. Praktisch heißt das: Bund und Länder sind gut beraten, die europäischen Vorgaben für die jeweilige Beihilfeart in die eigenen Förderbedingungen zu übernehmen. Dafür gelten zwei Grundbedingungen: Erstens muss die Beihilfe in einen der näher beschriebenen Förderbereiche fallen. Zweitens gelten - je nach Art und Bereich der Beihilfe - klare Grenzen.

Fördermittelgeber dürfen nur bestimmte förderfähige Kosten fördern. Zudem sind sowohl Höhe als auch Intensität der Beihilfe gedeckelt. Einigen Vertretern der Industrie in Deutschland reichen diese Erleichterungen noch nicht. Ihre Kritik: Zu kompliziert und zu wenig, zu viel Aufwand für zu wenig Ertrag. Anstelle von Subventionsprogrammen seien Bürokratieabbau und Freihandelsabkommen wichtiger.

ARNE GNIECHWITZ, WOLFGANG WÜRFEL

Die Autoren sind Partner bei *GSK Stockmann*.